

<p>DIE LINKE</p> <p>„Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.“</p> 	<p>BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN</p> <p>„Zusammen wachsen“</p> 	<p>SPD</p> <p>„Mehr für dich. Besser für Deutschland“</p> 	<p>CDU/ CSU</p> <p>„Politikwechsel für Deutschland“</p> 	<p>FDP</p> <p>"Alles lässt sich ändern"</p> 	<p>BSW</p> <p>„Unser Land verdient mehr“</p> 	<p>AFD</p> <p>„Zeit für Deutschland“</p> 
---	---	--	--	--	---	---

<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● 2040 Treibhausgasneutralität in Deutschland und der EU ● Einführung des Klimageldes von jährlich 320 €/ Person rückwirkend zum 1.1.2025 ● Ablehnung des Emissionshandels in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ● CCS-Technologie ist abzulehnen 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Klimaneutralität für Europa 2045 ● Green Deal der EU ● effizienter Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie CO2-Preis, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und – wo nötig – möglichst unbürokratischem Ordnungsrecht. ● Verantwortung von Sektoren stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Würden Ziele verfehlt, drohen Deutschland teure Strafzahlungen nach EU-Recht und zukünftig höhere CO2-Preise, ● Technische Abscheidung und Speicherung von schwer zu vermeidendem CO2 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Festhalten an den nationalen und EU-Klimazielen und am European Green Deal ● Klimaneutralität ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ● klimafreundliche heimische Produktion vor klimaschädlicher ausländischer Konkurrenz durch einen entbürokratisierten CO2-Ausgleichsmechanismus schützen ● öfter gemeinschaftliche Lösungen wie Wärmenetze statt Einzellösungen ● Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel ● CO2-Zertifikatehandel ● CO2-Steuer ● "CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung" 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Klimaneutralität bis 2045 ● CO2-Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliches Instrument ● CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ● Klimabonus: Mit Einnahmen aus der CO2-Bepreisung zuerst Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte im Gebäudesektor. ● Klimaanpassung in den Kommunen ● technisches Abspalten und Speichern von CO2, etwa durch sogenanntes Carbon Capture and Storage (CCS) ● Anreize für die Wiedervernässung von Mooren als CO2-Senken 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Das deutsche Klimaziel 2045 soll durch das europäische Ziel 2050 ersetzt werden ● Innovationen und technologische Entwicklungen im Klimaschutz fördern ● Keine starren Vorgaben, stattdessen Anreize für klimafreundliche Technologien schaffen und Subventionen abbauen ● zentrales Instrument für Klimaschutz ist der internationale Emissionshandel mit globalem CO2 Preis; perspektivisch ersetzt er die Strom- und Energiesteuer vollständig und garantiert niedrige Energiekosten ● Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) ermöglichen 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Das Ziel der vollständigen Klimaneutralität bis 2045 ist unrealistisch, fossile Energieträger bleiben weiterhin notwendig ● Jegliche Form der CO2-Bepreisung, wie etwa den EU-Emissionshandel, lehnt die Partei ab, da sie die Bevölkerung belastet. ● Der Emissionshandel muss entweder ausgesetzt oder global durch gesetzt werden ● CO2-Speicherung 	<p>Klimapolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Klimawandel gibt es schon immer, deshalb wird jegliche Einschränkung bei der Nutzung von fossilen Energien abgelehnt ● Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Green Deal der EU ● Klimaschutzmaßnahmen sind nicht notwendig ● Abschaffung der CO2-Abgabe, Reduzierung von Energiesteuern.
---	--	---	---	--	--	---

Finanzen

- Die Schuldenbremse abschaffen, um Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen, die für eine sozial gerechte Klimapolitik notwendig sind
- Reform der Einkommensteuer: Wer weniger als 7.000 Euro brutto im Monat verdient, zahlt weniger Steuern (als Single, Steuerklasse I). Zu versteuernde Einkommen unter dem Existenzminimum von 16.800 Euro im Jahr bleiben steuerfrei.
- Der Spitzensteuersatz steigt auf 53 Prozent, Superreiche zahlen 75 Prozent Reichensteuer.
- Wiedereinführung der Vermögensteuer für Millionäre und Milliardäre.
- progressive Erbschaftsteuer bzw. Schenkungssteuer von 60 Prozent für Großvermögen ab einem zu versteuernden Erbe von drei Millionen Euro zuzüglich des Freibetrags
- einheitlicher Freibetrag bei der Erbschaftsteuer von 200 000 Euro
- Energie-Soli als Zuschlag auf Einkommen, Finanztransaktionssteuer
- Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25 Prozent, angestrebt wird ebenso ein globaler Mindeststeuersatz von 25 Prozent
- Quellenbesteuerung der Gewinne am Ort der wirtschaftlichen Aktivität.
- Einführung einer Übergewinnsteuer von 90 % für Unternehmen, die in Krisenzeiten überproportional profitieren
- Einführung eines zu versteuernden Klimageldes von jährlich 320 €/ Person rückwirkend zum 1.1.2025
- Ausbau des Klima- und Transformationsfonds in Höhe von 200 Mrd. Euro, um den sozialökologischen Industriebau zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranzubringen

Finanzen

- Reform der Schuldenbremse für die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft
- Klimageld für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung
- Investitionshilfen für Unternehmen auf Basis von Klimaschutzverträgen. Finanziell gefördert werden diejenigen Unternehmen, die pro Euro am meisten CO2 einsparen.
- Förderung von Zukunftstechnologien bis zur Markteinführung wie modernster Kraftwerkstechnologie, Elektrolyseure bis zur Herstellung von Wasserstoff, Speichertechnologien
- Beitrag von Öl- und Kohlekonzernen zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise
- sozial gestaffelte Förderung von fossil-freien Heizungen und energetischen Haussanierungen
- Förderung von Wärmenetzen
- Abbau klimaschädlicher Subventionen

Bundestagswahl 2025: Teurer Klimaschutz oder noch viel teurere Wetterextreme?

Sicher ist: **Teuer** wird es sowieso.

Aber für was? Und für wen?

Was wollen die Parteien bei Klima, Finanzen, Energie und Mobilität?

Finanzen

- Reform der Schuldenbremse
- CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung
- Steuererhöhungen für Spitzeneinkommen und -vermögen
- Entlastung von Geringverdienern durch ein Klimageld ab 2027
- Deutschlandfonds zur Förderung von Investitionen mit privatem und öffentlichem Kapital
- steigende Kosten für CO2-Emissionen sollen nicht überfordern: Strom-Spar-Checks, Wärmepumpen-Leasing, Förderung kommunaler Wärmeplanung
- Preisaufsicht für Fernwärme
- Investitionsprämie für „Made in Germany“

Finanzen

- Festhalten an der Schuldenbremse
- Einsparungen im Bereich der Migration, beim Bürgergeld
- keine Vermögenssteuer
- Mehreinnahmen durch 2 % Wachstum
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Senken der Körperschaftsteuer: Erhöhung der Grenze für den Spitzensteuersatz
- höhere Freibeträge bei der Grunderwerb- und Erbschaftsteuer sowie beim Sparen
- Klimabonus: Mit Einnahmen aus der CO2-Bepreisung zuerst Stromsteuer und Netzentgelte im Gebäudesektor senken

Finanzen

- Beibehalten der Schuldenbremse
- Steuersenkungen (Anheben des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer um mindestens 1.000 Euro
- Absenkung der Steuerbelastung von Unternehmen auf unter 25%
- Senken der Körperschaftsteuer
- Der Spitzensteuersatz soll nicht wie bisher bei einem Jahreseinkommen von 68.000 Euro, sondern erst ab 96.600 Euro greifen
- eine Vermögensabgabe wird abgelehnt
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Zahlung einer Klimadividende/ Person

Finanzen

- Steuerbefreiung von gesetzl. Renten bis 2000 Euro
- steuerl. Entlastung von Einkommen bis zu 7500 Euro brutto
- Spitzensteuersatz soll erst bei sehr hohen Einkommen greifen
- gleicher Einkommenssteuersatz für Kapitalerträge und Arbeitseinkommen
- Wiedererhebung der Vermögenssteuer für extrem große Vermögen
- Finanztransaktionssteuer
- Weil es keinen CO2-Preis geben soll, ist auch kein Klimageld geplant.

Finanzen

- strikte Einhaltung der Schuldenbremse
- Verringerung der Steuerlast für bestimmte Zielgruppen
- Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- keine Subventionen für erneuerbare Energien
- kein Klimageld

DIE LINKE

Energie

- Mit dem Gebäudeenergiegesetz energetische Sanierung staatlich mehr fördern, gestaffelt nach Einkommen
- Energiekosten
- Eine staatliche Kontrollbehörde für den Energiemarkt soll Preisauswüchse verhindern und soziale Tarife gewährleisten:
- Einführung sozial gestaffelter Energiepreise, finanziert durch den Energie-Soli
- Energieversorgung aus öffentlicher Hand, um bezahlbare und sozial gestaffelte Preise zu ermöglichen
- Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro pro Megawatt gebautes Windrad oder gebaute PV-Großflächenanlage direkt in die Gemeindekasse, sowohl für Bestands- als auch für Neuanlagen oder Repowering
- Investitionen in rein erneuerbare Energien
- Kohleausstieg bis 2030
- Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter
- Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz festschreiben



Mobilität

- Tempolimit 120 km/h auf Autobahnen
- Über Steueranreize die E-Mobilität fördern
- Abschaffung des Dienstwagenprivilegs
- Am EU-weiten Verbrennerverbot ab 2035 für Neuwagen wird festgehalten
- Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets und Ersetzen der Pendlerpauschale durch ein flexibles Mobilitätsgeld soll den öffentlichen Nahverkehr stärken
- Fokus auf Bahnsanierung und -ausbau sowie Straßenbestandssanierung
- Verbot von Inlandsflügen und Privatjets sowie Einführung einer Vielfliegersteuer, um den CO2-Ausstoß im Flugverkehr zu reduzieren

Bündnis 90/ Die Grünen

Energie

- Förderung für klimafreundliches und bezahlbares Heizen durch bestehendes Gebäudeenergiegesetz: bis zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen wie der Wärmepumpe bis 2045.
- Stärkung der Klimakomponente im Wohngeld
- Erleichterung des Aus- und Umbaus von klimafreundlichen Wärmenetzen
- Preisaufsicht für die Kosten der Fernwärme
- Ab 2035 komplett klimaneutrale Stromproduktion
- Ausbau von erneuerbaren Energien, kosteneffizienter Netze, Speichern aller Art und wasserstofffähigen und flexibel einsetzbaren Kraftwerken
- Senkung der Finanzierungskosten für EE durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und intelligente Regulierung.
- Ausbau des leistungsfähigen europäischen Strombinnenmarktes und der Stromnetze
- konsequente Digitalisierung des Energiesektors für flexible Stromnetze mit dynamischen Stromtarifen, um Strom dann zu nutzen, wenn er preiswert ist.
- neue Regeln zur Ermittlung der Strompreise für günstigere Tarife
- Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß.
- Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben können.
- dezentrale Erzeuger von Solar- und Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure werden durch konsequenten Bürokratieabbau, Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützt
- Energy Sharing: günstig erzeugter erneuerbarer Strom wird noch einfacher gemeinschaftlich und kommunal teilbar
- Kohleausstieg bis 2030
- Ende von Öl- und Gasförderung in Nord- und Ostsee und an Land bis 2035,
- Keine Rückkehr zur Atomkraft

Mobilität

- integrierter flächenschonender und klimafreundlicher Bundesmobilitätsplan bis zum Jahr 2045
- Grundsanierung unserer Verkehrsinfrastruktur mit Hilfe des Deutschlandfonds
- Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen um klimaschädliche Emissionen und Unfallrisiken zu senken
- Am EU-weiten Verbrennerverbot ab 2035 für Neuwagen wird festgehalten
- gezielte Förderung der Elektromobilität durch sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize und des Ausbaus der Ladeinfrastruktur
- Anreize für klimafreundliche Dienstwagen
- bundesweites Netz von Radschnellwegen
- Deutschlandticket für 49 Euro
- Ausbau des ÖPNV auch auf dem Land mit Rufbussen und digital vernetzten Kleinbussen
- Ausbau unseres Schienennetzes
- Verlässlicher Deutschlandtakt
- Klimafreundlicher Luft- und Schiffsverkehr durch Förderung der Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus EE, z.B.-Kerosin,
- Inlandsflüge werden durch eine Verbesserung der Bahn überflüssig

SPD

Energie

- Gebäudeenergiegesetz beibehalten
- soziales Wärmepumpenleasing
- Preisaufsicht für Fernwärme
- Deckelung der Netzentgelte für günstigere Strompreise
- reduzierte Netzentgelte für energieintensive Großabnehmer ohne Flexibilisierungspotential
- Stärkung der dezentralen und gemeinschaftlichen Energieversorgung
- Ausbau von Solar- und Windkraft, Speichern, Strom- und Wärmenetzen sowie E-Ladesäulen
- Förderung dezentraler Energieversorgung
- Keine Rückkehr zur Atomkraft
- Durch Leitmärkte für grünen Stahl „made in Germany“ soll die Wasserstofftechnologie gefördert werden

Mobilität

- Neuer Bundesmobilitätsplan
- Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen
- finanzielle Anreize und Förderung von Leasing von E-Autos
- Deutschlandtickets zum aktuellen Preis
- Finanzielle Stärkung und Ausbau des ÖPNV und der Bahn
- EU-weite einheitliche Regelungen für langfristige Klimaneutralität im Luftverkehr

CDU/ CSU

Energie

- Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes, technologieoffene Förderung von emissionsarmen Heizungen
- Senkung der Stromsteuern und Netzentgelte
- Effiziente Verknüpfung des Ausbaus von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern auch mit privatem Kapital
- Schaffung von Pioniermärkten mit Quoten für sogenanntes grünes Gas, grünes Heizöl und klimaneutralen Stahl
- Förderung der Forschung für Brennstoffzellen, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen und Geothermie
- Bekräftigung des vereinbarten Kohleausstiegs, aber kein Aus für Kohlekraftwerke, ohne dass als Ersatz neue Gaskraftwerke gebaut sind
- Prüfung der Wiederaufnahme der abgeschalteten AKW, Forschung zu Kraftwerken der neuen Generationen, Kleinreaktoren und Fusionskraft

Mobilität

- Kein Tempolimit auf Autobahnen
- Aufhebung des EU-weiten Verbrennerverbots bei Neuwagen ab 2035
- Ausbau der E-Ladeinfrastruktur
- Erhöhung der Pendlerpauschale
- Sicherung der Finanzierung des ÖPNVs, aber Fokus auf individueller Mobilität
- Senkung der Gesamtkosten des Luftverkehrs

FDP

Energie

- Auslaufen des Heizungsgesetzes, stattdessen CO2-Zertifikatehandel und technologieoffene Heizungssysteme
- Markt reguliert Energiekosten
- Technologieoffenheit bei der Energieversorgung
- Bau neuer Gaskraftwerke und Fracking erlauben
- Kernfusion und neue Kernkraftwerke der neuen Generation fördern, aber ohne Subventionen, Altanlagen wenn möglich wieder in Betrieb nehmen

Mobilität

- Kein Tempolimit auf Autobahnen
- Aufhebung des Verbrennerverbots bei Neuwagen für 2035.
- Technologieoffenheit, indem neben der Elektromobilität auch alternative Kraftstoffe wie synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) gefördert werden

BSW

Energie

- Durch die Verstaatlichung der Netze und die Reduzierung der Netzentgelte soll der Strompreis gesenkt werden
- Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, sollen die Energiepreise auch durch Gasimporte runter
- Kein kostspieliger Ausbau von Stromtrassen von Nord- nach Süddeutschland.
- neue Gaskraftwerke in Gebieten mit hohem Strombedarf
- Langfristige Energieimporte, auch von russischem Gas
- Kein Neubau von konventionellen AKW

Mobilität

- Kein Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035 bei Neuwagen
- Technologieoffenheit
- "Volksleasing" für in der EU produzierte Elektroautos und sparsame Verbrenner
- Erhalt des Deutschlandtickets
- Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs

AFD

Energie

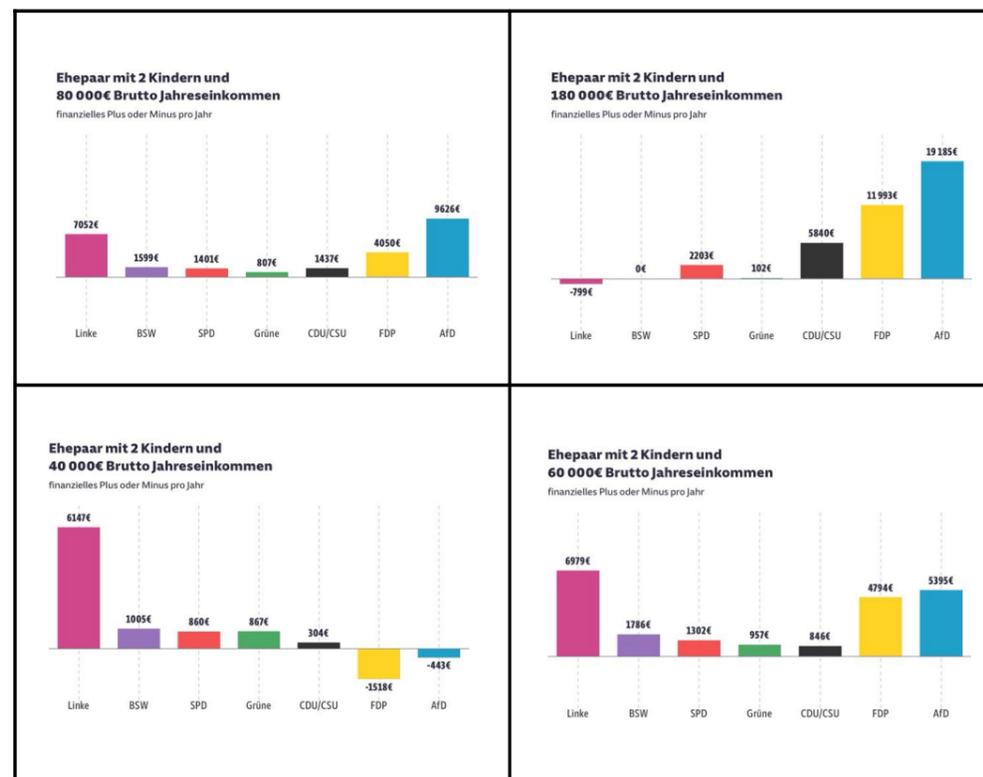
- Rückkehr zur Kernenergie
- keine Subventionen für erneuerbare Energien
- Reduzierung von Energiesteuern.
- Ausbau der Windenergie stoppen, keine landwirtschaftlichen Flächen für Solaranlagen bereitstellen
- Ausbau von Kohlekraftwerken
- Gaslieferungen aus Russland wieder aufnehmen
- Rückkehr zur Atomkraft

Mobilität

- Kein Tempo-Limit
- Ende der Förderungen der Elektromobilität.
- Ladeinfrastruktur für E-Autos aufbauen
- Schutz des Verbrennermotors
- mehr Straßen

Süddeutsche Zeitung vom 17.01.2025 zur Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

Was die Wahlversprechen der Parteien jedem Bürger finanziell bringen:



„Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in Kooperation mit der Süddeutschen Zeitung berechnet, wie sich die Wahlkampfpläne der Parteien für jeden einzelnen Bürger auswirken“

Was die Wahlversprechen kosten

„Die beiden [politischen] Lager unterscheiden sich auch stark darin, was ihre vom ZEW gerechneten Vorschläge kosten. Bei SPD, Grünen und BSW kommt – durchaus überraschend – ein kleines Finanzplus raus. Weil sich die Parteien mit Ausgaben zurückhalten wie die SPD. Oder ihre Ausgabenideen durch eine heftige Vermögensteuer finanzieren wie die Linke, die dadurch sogar starke Überschüsse produziert. Anders dagegen die Union: Sie reißt allein durch die gerechneten Vorschläge ein Loch von knapp 50 Milliarden Euro in die Staatskasse – will aber weder Steuern erhöhen noch bisher die Schuldenbremse lockern. FDP und AfD, für die das auch gilt, verursachen sogar ein Finanzloch von mehr als 100 Milliarden Euro.“

<https://archive.ph/2025.01.19-102250/https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/bundestagswahl-einkommen-buerger-steuer-versprechen-parteien-e995388/>



V.i.S.d.P.
Susanne Reinhardt